



# Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag

Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel

Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

## P R E S S E M I T T E I L U N G 1/2021

Kiel, den 3.1.2020

### **Der Staat behindert ein freies Internet**

#### **Kooperation von Google und Bundesgesundheitsministerium im Kreuzfeuer der Kritik**

Die im Dezember 2020 bekannt gewordene Zusammenarbeit von Google mit dem Bundesgesundheitsministerium hat für harsche Kritik gesorgt. Es war nämlich öffentlich geworden, daß seit November bei der Internetsuche nach mindestens 160 Krankheiten ein Google-Algorithmus dafür sorgt, daß bevorzugt die vom Gesundheitsministerium mitfinanzierte Seite „gesund.bund.de“ angezeigt wird.

Thomas Fuchs von der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein erklärte dazu: „Es besteht der Verdacht, daß dadurch private journalistische Anbieter unzulässig benachteiligt werden.“ Der Medienexperte erläuterte weiter, daß das Vorgehen von Google „gegen das Diskriminierungsverbot im Medienstaatsvertrag, Artikel 94, verstoßen“ könnte. Hiernach dürfen Internetplattformen nämlich nur aus sachlichem Grund ihren Suchalgorithmus so ändern, daß die reguläre Reihenfolge („Ranking“) der Suchergebnisse geändert wird.

„Das Bundesgesundheitsministerium greift in die Informationsfreiheit der Bürger ein und diskriminiert alternative Informationsangebote. Im Gegensatz dazu hat das so sehr gescholtene Polen zwischenzeitlich sogar ein Anti-Zensurgesetz verabschiedet: Danach soll das Löschen von legalen Beiträgen bei Facebook, Youtube und anderen sozialen Netzwerken einen Gesetzesbruch darstellen. So will Polen die um sich greifende ideologische Zensur verhindern. Die Bundesregierung geht offenbar den entgegengesetzten Weg“, konstatiert die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein.